

## Beschluss Kieler Strände schützen

Antragsteller\*in: Vorstand, Martina Baum (KV Kiel)

Tagesordnungspunkt: 4.4.2 Kieler Strände schützen - Kreisvorstand / Martina Baum

### Antragstext

- 1 Die Kreismitgliederversammlung möge beschließen:
- 2 Um die Kieler Strände als Naherholungs- und Naturräume zu schützen und in der  
3 Bevölkerung ein Bewusstsein für die dort vorhandenen Umweltproblematiken zu  
4 schaffen, beschließt die Kreismitgliederversammlung folgende Maßnahmen:
- 5 • Die Ratsfraktion wird aufgefordert, sich in der Ratsversammlung dafür  
6 einzusetzen,
  - 7 • dass an den Eingängen zu den Kieler Stränden Mitnehm-Aschenbecher  
8 bereitgestellt werden.
- 9 Dabei sollen existierende Vorbilder, wie die jüngst am Falckensteiner Strand  
10 aufgestellte Leihaschenbecherstation oder die Hosentaschenaschenbecher aus  
11 Warnemünde,<sup>1</sup> dahingehend geprüft werden, welche Variante bei größtmöglicher  
12 Müllvermeidung am effektivsten zur Benutzung einlädt. Von dieser Prüfung  
13 ausdrücklich ausgeschlossen, sind von der Tabakindustrie kostenlos  
14 bereitgestellte Strandaschenbecher, welche mit den Namen von Tabakmarken oder  
15 anderer Werbung bedruckt sind. Die Beschilderung der Ausgabestationen soll die  
16 Umweltgefahren liegengelassener Zigarettenkippen leicht verständlich vermitteln.
- 17 Nach einer angemessenen Zeit soll evaluiert werden, ob eine Fortführung und/oder  
18 eine Anpassung der Maßnahme sinnvoll ist.
- 19 • dass an bestimmten stark frequentierten Plätzen, wie dem Grillplatz am  
20 Falckensteiner Strand, fest installierte Aschenbecher aufgestellt werden.<sup>2</sup>
  - 21 • dass eine Müllvermeidungsregelung mit der Strandgastronomie getroffen  
22 wird, die verhindert, dass in Strandnähe Plastikeinweggeschirr, -besteck  
23 und -becher in Umlauf gebracht werden.
- 24 Gleiches soll für sämtliche Veranstaltungen an den Kieler Stränden gelten, die  
25 von der Stadt selbst durchgeführt werden oder von ihr genehmigt werden müssen.
- 26 • dass an geeigneten Orten, wie beim Toilettenhäuschen am Falckensteiner  
27 Strand, zur Reduzierung von Plastikflaschen Trinkwasserbrunnen installiert  
28 werden.
  - 29 • Auch soll die Ratsfraktion prüfen lassen, ob die Aufstellung weiterer  
30 vogel- und windsicherer Mülleimer in ausreichender Größe und Behälter zur

31 Entsorgung von Grillkohle an den Kieler Stränden nötig und durchführbar  
32 ist.

- 33 • Der Kreisverband Kiel nimmt weiterhin alljährlich am Coastal Cleanup Day  
34 teil und wirbt aktiv und über diverse Kanäle um Teilnahme.
- 35 • Um das Müllaufkommen am Strand weiter zu reduzieren, sollen die oben  
36 genannten Maßnahmen mit einer städtischen Kampagne gegen die Vermüllung  
37 der Kieler Strände verbunden werden.

38 1 Neben der Leihaschenbecherstation am Falckensteiner Fähranleger, die von vier  
39 Kieler Student\*innen entworfen und in Zusammenarbeit mit den NaturFreunden  
40 Schleswig-Holstein und dem High Spirits Hochseilgarten aufgestellt wurden, und  
41 den Hosentaschenaschenbechern aus Warnemünde könnten auch die „Kippen-Killer“  
42 des Tourismusverbandes Rügen, das Leihaschenbeckersystem der Yooweedoo-Gewinner  
43 Kollekt aus Kiel oder die Miniatur-Aschenbecher aus Hanau als Vorbilder dienen.

44 2 Hier sind die auffällig gestalteten „Ostsee-Ascher“ aus Warnemünde ein gutes  
45 Beispiel.

## Begründung

Lehren aus dem Coastal Cleanup Day ziehen

Als Kreisverband im ‚echten Norden‘ liegen uns Kieler GRÜNEN unsere Strände besonders am Herzen. Sie sind Naherholungsgebiet für die Kieler Bevölkerung, Touristenmagnet und Naturerlebnisraum und tragen insgesamt erheblich zur Lebensqualität in der Landeshauptstadt bei. Gleichzeitig sind die Kieler Strände aber auch besonders schützenswerte und schutzbedürftige Biotop. So ist das Steilufer in Schilksee Heimat der einzigen Uferschwalbenkolonie auf Kieler Stadtgebiet, und allein am Falckensteiner und Schilkseer Strand leben 76 Wildbienenarten. Jeder Eingriff in das Ökosystem Strand gefährdet das Überleben der dort lebenden, hoch spezialisierten Flora und Fauna.

Die von der Kieler Forschungswerkstatt gesammelten Ergebnisse des International Coastal Cleanup Day 2018 an der Kieler Förde zeigen, dass Freizeitnutzung und Natur- und Umweltschutz an den Kieler Stränden noch nicht genügend miteinander in Einklang stehen: an 100 Metern Strand wurden durchschnittlich 7 Kilogramm Müll gefunden.

Die Negativliste des an der Förde gesammelten Strandmülls wird angeführt von 27.552 Zigarettenkippen. Da diese eine besondere Umweltgefahr darstellen, besteht hier besonderer Handlungsbedarf. In den weggeworfenen Filtern konzentrieren sich giftige und krebserregende Stoffe wie Nikotin, Arsen und diverse Schwermetalle, die Boden und Wasser belasten – mit den entsprechenden Folgen für Mensch, Tier und Pflanzenwelt. Bis die Filter verrottet sind, dauert es mehrere Jahre. Am Strand verfügbare Mitnehm-Aschenbecher können hier Abhilfe schaffen.

Neben Zigarettenkippen wurden an der Förde bei der Sammelaktion 2018 knapp 11.000 Müllteile aus Plastik und Styropor, 3.631 Lebensmittelverpackungen, 1.391 Glasteile und 1.089 Kronkorken gefunden. Diese Zahlen müssen in naher Zukunft drastisch reduziert werden.

Von besonderer Bedeutung ist für das Sauberhalten der Strände aber auch ein entsprechendes Problembewusstsein in der Bevölkerung, das durch Aktionen wie den Coastal Cleanup Day befördert werden kann und sollte. Neben unserer aktiven Teilnahme an dieser weltweiten Aktion gehört dazu auch das Bewerben und anschließende Reflektieren der Veranstaltung über die sozialen Medienkanäle des KV Kiel.

Quellen:

Ergebnisposter des International Coastal Cleanup am 14.09.2018 an der Kieler Förde, koordiniert durch die Kieler Forschungswerkstatt.

Deutsches Krebsforschungszentrum (Hrsg.): Umweltrisiko Tabak – von der Pflanze zur Kippe, Heidelberg 2009 (Rote Reihe Tabakprävention und Tabakkontrolle, Bd. 11), S. 52-54.

## Beschluss Kieler Strände im Norden - Anbindung/Attraktivität/Infrastruktur

Antragsteller\*in: Götz Daniel, Lisa Kragh (KV Kiel)

Tagesordnungspunkt: 4.4.3 Kieler Strände im Norden - Anbindung/Attraktivität/Infrastruktur - Götz Daniel / Lisa Kragh

### Antragstext

1 Die Kreismitgliederversammlung möge beschließen:

2 Um die Kieler Strände für die Kieler Bevölkerung als naturnahes  
3 Naherholungsgebiet zu schützen, den naturnahen Tourismus zu stärken, sowie die  
4 Anbindung, die Attraktivität und die Infrastruktur zu verbessern beschließt die  
5 Kreismitgliederversammlung folgende Maßnahmen:

6 • Die Ratsfraktion wird aufgefordert, sich in der Ratsversammlung dafür  
7 einzusetzen,

8 • dass an geeigneten Orten direkt am Strand sowie bei den Toilettenhäuschen  
9 am Falckensteiner Strand und kleinen Strand (Skagerrakufer),  
10 Trinkwasserbrunnen und Kaltwasserduschen mit geeigneter Beschilderung  
11 installiert werden

12 • dass die Toilettenhäuschen regelmäßig gestrichen und auch für das  
13 Umkleiden eingerichtet werden und am kleinen Strand Skagerrakufer ein  
14 Toilettenhäuschen eingerichtet wird.

15 • Auch soll die Ratsfraktion prüfen lassen, ob es sinnvoll ist feste  
16 Grillplätze einzurichten (häufig in Dänemark zu sehen), die auch  
17 regelmäßig gereinigt werden, dafür die Verwendung von Einweggrills  
18 reduziert wird, und ob die Aufstellung weiterer Mülleimer und Behälter zur  
19 Entsorgung von Grillkohle an den Kieler Stränden nötig und durchführbar  
20 ist.

21 • dass geeignete Holzbänke mit Sicht aufs Wasser an der Promenade in  
22 attraktiver Form eingerichtet werden

23 • dass Fahrradstandbügel auch am Kleinen Strand (Skagerrakufer) eingerichtet  
24 werden

25 • dass die Hecken und Bereiche der Fahrradbügel nicht verwildern und mit  
26 Weiden, Beifuß, Disteln etc. überwuchert werden

27 • dass der Weg zum Fähranleger hochgelegt wird, ähnlich wie die anderen  
28 Strandstege für Menschen mit Behinderungen;

29 • dass angemessene Parkgebühren eingeführt werden und die Einnahmen für die  
30 Pflege der Strände genutzt werden

31 • dass die Anbindung durch umweltschonenden Verkehr verbessert wird, so  
32 durch die Umwidmung des Braunen Berg zur Fahrradstraße und eine bessere  
33 Beschilderung für Fahrradfahrer/innen und Fußgänger/innen zum  
34 Falkensteiner Strand sowie Kleiner Strand am Skagerrakufer. Zudem soll

- 35 eine baldige Durchwegung des Harder-Geländes (Gewerbegebiet Friedrichsort)  
36 zum Strand/Festung angestrebt werden.
- 37 • Dass eine Ausweisung eines FKK Bereiches z.B. beim Leuchtturm erfolgt
  - 38 • Es soll geprüft werden, ob Schließfächer am Strand nach dem Vorbild aus  
39 Kapstadt „Liberty Lockers“ eingerichtet werden können

## Begründung

Die Strände im Norden sind Perlen des Kieler Stadtgebietes.

Im gewissen Sinne sind die Strände im Norden Perlen des Kieler Stadtgebietes, was auch durch die Festlegung des Falckensteiner Strandes zum Landschaftsschutzgebiet unterstrichen wird. Die Pflege und investive Maßnahmen zur Verbesserung der Situation, auch vor dem Hintergrund der Ergebnisse von INSEKK (Integriertes Stadtteilentwicklungskonzept Kiel Pries/Friedrichsort) sind bisher nicht ausreichend bedacht. Anregungen hieraus und weitergehende Umsetzungen sind erforderlich, um bald eine spürbare Verbesserung der Situation an den Stränden zu erreichen.

Als Kreisverband im ‚echten Norden‘ liegen uns Kieler GRÜNEN unsere Strände besonders am Herzen. Sie sind Naherholungsgebiet für die Kieler Bevölkerung, Touristenmagnet und Naturerlebnisraum und tragen insgesamt erheblich zur Lebensqualität in der Landeshauptstadt bei.

Neben dem Antrag zur ökologischen Verbesserung soll auch die Attraktivität der Strände zeitgemäß verbessert werden und verschiedenen Ansprüchen einer naturverträglichen Nutzung und unterschiedlichen Bedürfnissen der Strandnutzenden gerecht werden.

Die Anbindung der Strände für den umweltschonenden Verkehr soll verbessert werden.

Quellen:

Integriertes Stadtteilentwicklungskonzept Kiel Pries/Friedrichsort, Stadtplanungsamt März 2013.

Anregungen Grüner Stammtisch nördlich des Kanals, Juli 2019.

## Beschluss Naturerhaltende Maßnahmen unterstützen

Antragsteller\*in: Heide Lore Graf, David Poggemann (KV Kiel)

Tagesordnungspunkt: 4.4.4 Naturerhaltende Maßnahmen unterstützen - Heide Lore Graf / David Poggemann

### Antragstext

1 Bündnis 90 / Die Grünen, Kreisverband Kiel fordert die Landesregierung auf, sich  
2 auf EU- und Bundesebene stärker für eine grundlegende Reform der Agrarpolitik in  
3 Deutschland sowie in der gesamten EU einzusetzen. Konkret fordern wir, dass  
4 Bäuer\*innen und Landwirt\*innen, die auf klima- und umweltschonende  
5 Landwirtschaft setzen sowie naturerhaltende Maßnahmen bei der Bewirtschaftung  
6 ihrer Felder berücksichtigen, finanzielle Unterstützung - auch bei der  
7 regionalen Vermarktung - erhalten! Hingegen sollen Bäuer\*innen und  
8 Landwirt\*innen, die diese Aspekte nicht bzw. nur unzureichend berücksichtigen,  
9 die finanziellen Zuwendungen gekürzt oder sogar gestrichen werden. Gleichzeitig  
10 fordern wir die Stadt Kiel auf, sich deutlich für eine regionale, nachhaltige  
11 und ökologische Produktion von Lebensmitteln einzusetzen, indem sie gute  
12 Vertriebsbedingungen für die Produzent\*innen schafft. Dies kann z.B. durch  
13 stärkere Förderung der regionalen Märkte (Stichwort permanente Regional-Märkte  
14 auf dem Alten Markt oder in einer Markthalle auf dem Exerzierplatz) bzw.  
15 gezielten Vergünstigungen bei Vertrieb ausschließlich saisonaler, regionaler  
16 Lebensmittel aus biologischem Anbau bewirkt werden. Diese und weitere Ansätze  
17 gilt es zu prüfen.

### Begründung

Die konventionelle Landwirtschaft trägt in erheblichem Maße zu klima- und umweltschädlichen Entwicklungen bei. Verstärkter Ausstoß von klimaschädlichen Gasen, die Überdüngung der Böden und Gewässer sowie das Insektensterben sind nur drei von vielen Beispielen. Die Subventionierung durch Bund und EU setzen hier zusätzlich falsche Anreize, sodass z.B. immer weniger Landwirt\*innen und Bäuer\*innen auf immer größeren Flächen mit immer natur- und umweltschädlicheren Methoden wirtschaften müssen, um einen möglichst niedrigen Preis für Lebensmittel am Markt zu generieren, da sie sonst nicht konkurrenzfähig sind. Diese Entwicklung führt massiv zur Aufgabe vieler kleinerer Betriebe. Diesem Trend gilt es entgegenzuwirken. Daher ist eine Reform der Agrarpolitik auf EU und Bundesebene überfällig. Regional kann eine Stadt wie Kiel zusätzlich Anreize schaffen, dass Erzeuger\*innen von regionalen, saisonalen, klima- und umweltschonenden Lebensmitteln gute Vertriebsmöglichkeiten haben. Dazu sollten verschiedene Wege geprüft werden.

## Beschluss Parkraumbewirtschaftung

Antragsteller\*in: Arne Stenger, Arne Langniss, Jürgen Meereis (KV Kiel, AK 1 der Fraktion)  
Tagesordnungspunkt: 4.4.5 Parkraumbewirtschaftung - Arbeitskreis 1 der Fraktion et al.

### Antragstext

1 Die Kreismitgliederversammlung möge beschließen:

2 Um eine Reduktion des MIV (Motorisierten Individualverkehr, hier besonders der  
3 verbrennungsmotorengetriebenen PKWs) im Innerstädtischen zu erreichen, ist eine  
4 Parkraumbewirtschaftung unbedingt erwägenswert. Deshalb sollen die Auswirkungen  
5 einer großflächigen Parkraumbewirtschaftung auf die Immissionen und die  
6 Verkehrssituation im Stadtgebiet – unter besonderer Berücksichtigung des  
7 Theodor-Heuss-Rings – von der Stadt Kiel untersucht und dargestellt werden. Die  
8 zu untersuchenden Flächen sind zunächst begrenzt auf alle Flächen, die innerhalb  
9 des Westrings, südlich der Saarbrückenstr. des Theodor-Heuss-Rings, der B 76 und  
10 des Ostrings (bis zum Werftpark) liegen. Zudem begrenzen Paul-Fuß-  
11 Straße/Düvelsbeker Weg/Koesterallee auf dem Westufer, und Große  
12 Ziegelstraße/Werftstraße/Zur Fähre auf dem Ostufer das Gebiet.

13 Dargestellt werden sollen die Wirkungen spürbarer Parkgebühren (versch.  
14 Varianten) und Höchstparkzeiten. In diesem Sinne ist auch zu untersuchen, wie  
15 die Parkraumbewirtschaftung zu gestalten ist, um eine signifikante Reduzierung  
16 der Verkehrsbelastung zu erreichen (u. a. mit best-practice-Beispielen aus  
17 anderen, vergleichbar großen Städten) Für Anwohner\*innen sind  
18 „Bewohnerparkbereiche“ einzurichten. Dabei sind gleichzeitig die Auswirkungen  
19 folgender Maßnahmen in Form optionaler Szenarien zu betrachten:

20 • Einführung von P+R-Plätzen im Bereich der Haupt-Einfallrouten des  
21 motorisierten Individualverkehrs nach Kiel (B 502, B 76, B 404, A 210, A 215, B  
22 503), von denen aus die Innenstadt mit kurzer Taktung über Schnellbuslinien oder  
23 ggf. Regionalzüge erreichbar ist. Buslinien könnten dabei zur Erreichung einer  
24 insgesamt ausreichenden Auslastung zunächst das lokale Umfeld bedienen und dann  
25 vom P+R-Platz aus als Schnellbus in die Innenstadt geführt werden.

26 • Einführung eines Monats-Parktickets, dessen Preisgestaltung die Nutzung des  
27 ÖPNV attraktiver macht. Die Ergebnisse der Untersuchungen sollten Ende des 2019  
28 vorliegen.

## Begründung

Deutsche Großstädte wie Kiel werden durch die ständig wachsende Verkehrsbelastung immer stärker in Mitleidenschaft gezogen, die Lebensqualität der Menschen sinkt dadurch erheblich. Allein in Kiel ist die Zahl zugelassener Kraftfahrzeuge zwischen 2007 und 2017 von 110.196 auf 127.006 gewachsen. Die weit über den Grenzwerten liegende und bundesweit herausragende Belastung mit Luftschadstoffen am Theodor-Heuss-Ring macht auch noch einmal deutlich, wie gesundheitsschädlich diese Entwicklung ist. Neben der Gefährdung der Menschen durch Luftschadstoffe hat die Zunahme des Verkehrs auch den „Verteilungskampf“ um den öffentlichen Raum verschärft. Immer mehr und immer größere Fahrzeuge (Stichwort: SUVs) treten in Konkurrenz zu umweltfreundlicheren Formen der Mobilität wie mit dem ÖPNV, zu Fuß oder auf dem Rad. Ständige Staus machen die Nutzung des ÖPNV wenig attraktiv, weil auch Busse darin stecken bleiben. Die überfällige Ausweitung des Verkehrsraums für die Nutzung mit dem Fahrrad (Pedelec) oder auch eScootern, von der auch Fußgänger\*innen erheblich profitieren würden, scheitert am Druck – auch durch den unerhörten Parkdruck in der und rund um die Innenstadt.

In einer flächenarmen Stadt wie Kiel ist es höchste Zeit zu überprüfen, welche Effekte mit einer Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung zu erreichen sind. Richtig eingesetzt, motiviert diese auch z.B. Pendler\*innen motivieren, auf den ÖPNV umzusteigen oder wenigstens Fahrgemeinschaften zu bilden. Wie groß diese Effekte sein können, gilt es in einem Gutachten zu untersuchen.

Im Gutachten geht es darum, wie die Parkraumbewirtschaftung, in Kombination mit dazu korrespondierenden Maßnahmen zur Förderung des ÖPNV, zur Erreichung einer spürbaren Entlastung des Stadtgebietes führen könnte. Dabei ist auch eine Kombination von Park- und ÖPNV-Tarifen sowie deren rechtliche Zulässigkeit zu untersuchen.

## Beschluss BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Kiel schließen alle geschlossenen Facebook-Gruppen

Antragsteller\*in: Paul Brauche, Jens Wartenberg, Michael Brantner, Sven Krumbek, Norbert Treskowski, Oliver Voigt, Daniela Sonders (KV Kiel, AK Digitales)

Tagesordnungspunkt: 4.4.8 BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Kiel schließen alle geschlossenen Facebook-Gruppen - Paul Brauche et al.

### Antragstext

- 1 Die Kreismitgliederversammlung möge beschließen:
- 2 Bündnis 90 / Die Grünen Kiel schließen innerhalb von 8 Wochen alle geschlossenen
- 3 Facebook-Gruppen die von ihnen offiziell verantwortet werden. Sie sprechen sich
- 4 gegen die Nutzung von geschlossenen Facebook-Gruppen aus, die in ihren Namen
- 5 Bündnis 90 / Die Grünen Kiel tragen oder ein eindeutiges Bündnis 90 / Die Grünen
- 6 Kiel Identifikationsmuster verwenden (Farben, Labels etc.).
- 7 Alle Gremien der Grünen Kiel arbeiten darauf hin, geschlossene Diskussionen in
- 8 den transparenten, aber geschützten, Bereich des Grünen Netzes zu verlagern wie
- 9 z.B. <https://chatbegruendung.de/> .
- 10 Vorstand und Fraktion erarbeiten mit dem AK Digitalisierung einen Plan für
- 11 erleichterten Zugang.

### Begründung

Teil 1:

Für Facebook-MitgliederInnen existiert eine eigene Berechtigungsverwaltung. Nur MitgliederInnen können – je nach Berechtigung – Inhalte anpassen. Geschlossene Bereiche können also nur von den explizit Berechtigten eingesehen werden.

Die Firma Facebook kann jederzeit die Berechtigungsverwaltung umgehen. Facebook-MitarbeiterInnen können Passwörter Ihrer MitgliederInnen einsehen (<https://www.heise.de/newsticker/meldung/Firmen-speicherten-ungeschuetzt-Daten-von-Facebook-Nutzern-4359264.html>) .

Auch für Auswertungen werden Daten verkauft (3. Absatz <https://de-de.facebook.com/legal/terms>), hier wird nicht unterschieden, ob diese Daten aus geschlossenen oder offenen Facebook-Gruppen kommen.

Hier zwei Beispiele:

1. Cambridge Analytica, wertete 50 Millionen Facebook-NutzerInnenprofile aus. Die NutzerInnen erfuhren nur durch einen Insider davon. (<https://www.heise.de/select/ct/2018/8/1523576391275948>)
2. Firmen erhalten millionenfach direkten Zugang zu BenutzerInnendaten (<https://www.heise.de/select/ct/2019/2/1546930271017776>)

Das Berechtigungssystem von Facebook ist also nur für nicht zahlende Facebook-BenutzerInnen wirksam. Wer sich die Daten kauft, kann diese technisch auswerten oder weitergeben.

Für uns bedeutet das, dass wir keine „Hoheit“ über „Diskussionen“ in geschlossenen Bereichen haben.

Teil 2:

Nur Facebook-UserInnen können den „Diskussionen“ wirklich folgen. Auch wenn dort nichts „diskutiert“ wird, was wirklich „wichtig“ ist, so kann diese Aussage doch nur von Facebook-UserInnen überprüft werden. Hier fehlt Transparenz für alle MitgliederInnen.

Bündnis 90 – Die Grünen stellen umfangreiche Techniken zur Verfügung die sich gut bedienen lassen und für alle MitgliederInnen gleichermaßen zur Verfügung stehen. Auch hier sind Diskussionen möglich. Durch die Vergabe der elektronischen Mitgliedschaft bei Bündnis 90 – Die Grünen ist auch eine Authentifikation der BenutzerInnen gegeben. Eine Diskussion ist hier also für alle MitgliederInnen transparent.

Der Antrag ist ein Ergebnis [Arbeitskreis Digitales](#) der Kieler Grünen.